

Nur 410 Umzüge wegen Hartz IV

Aber 17 400 Mieter haben zu hohe Wohnkosten

Anders als von Arbeitslosenverbänden befürchtet, können die meisten Berliner Hartz-IV-Empfänger trotz zu hoher Wohnkosten in ihren Wohnungen bleiben. Die Sozialverwaltung hatte im vergangenen Jahr 9 871 Erwerbslose aufgefordert, die Miete von sich aus zu senken. Nur 410 Haushalte mussten tatsächlich umziehen, heißt es in der gestern vorgelegten Abschlussbilanz der Sozialbehörde für 2006.

Bei den Umzügen aus zu teuren Wohnungen handelt es sich laut Sozialbehörde überwiegend um kleine Haushalte: 226 Singles mussten sich kleinere Wohnungen suchen sowie hundert Zwei-Personen-Haushalte. Nur in 17 Fällen waren Großfamilien betroffen - im Dezember keine. Insgesamt 574 000 Menschen in 316 786 Haushalten leben vom Arbeitslosengeld II.

Auch in diesem Jahr rechnet die Behörde nicht mit einem Anstieg der Umzüge. "Der große Schub ist vorbei", sagte Behördensprecherin Regina Kneiding. Wie berichtet, dürfen in Berlin Arbeitslose mit weitaus großzügigeren Regelungen rechnen als in anderen Bundesländern. Möglich geworden ist dies durch die im Land Berlin erlassene Ausführungsvorschrift "Wohnen". Mit der Einführung von Hartz IV im Jahr 2005 war zunächst eine einjährige Übergangszeit zugebilligt worden. Seit 2006 kontrollieren die Jobcenter die Kosten. Ausgeschlossen von Umzügen sind laut Ausführungsvorschrift Härtefälle, zu denen unter anderem Alleinerziehende, Kranke oder Berliner gehören, die schon sehr lange in ihrer Wohnung leben. Singles dürfen beispielsweise eine Wohnung mit bis zu 360 Euro Miete bewohnen, Zwei-Personen-Haushalte mit bis zu 445 Euro Miete monatlich. Diese Miete darf noch einmal zehn Prozent über der - je nach Familiengröße - festgelegten Kostenhöhe liegen.

Die bundesweit vergleichsweise liberale Praxis macht sich in der Statistik bemerkbar. So sind rund 17 400 Erwerbslose angeschrieben worden, weil deren Miete über dem Standard lag. Schließlich blieben 9 871 Hartz-IV-Haushalte übrig, die aufgefordert wurden, ihre Mietkosten zu senken. "2 800 Haushalte haben reagiert", so Kneiding. Die Betroffenen haben demnach untervermietet oder tragen einen Teil der Mietkosten selber. Über die restlichen 7 000 Haushalte gibt es keine genauen Angaben. Regina Kneiding verweist darauf, dass auch in diesen Fällen mindestens ein halbes Jahr Zeit bleibe, nach Lösungen zu suchen. Vermutet wird, dass noch etliche Härtefälle untersucht werden.

Berliner Zeitung, 13.02.2007